

Zeitschrift: Wohnen
Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger
Band: 91 (2016)
Heft: 1-2: Neubau

Artikel: Kluge Immobilienpolitik : für vier Jahre sistiert?
Autor: Badran, Jacqueline
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-658309>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

KLUGE IMMOBILIENPOLITIK: FÜR VIER JAHRE SISTIERT?

Von Jacqueline Badran

Die Wahlen sind vorbei. Wir haben einen Rechtsrutsch im Nationalrat. Insbesondere die FDP und die SVP wittern gemeinsam Morgenluft, um eine neoliberale Agenda durchzudrücken. Die NZZ auch – diktiert sie doch den beiden Parteien die «liberale Agenda» ins Aufgabenheft. Lohnschutzabbau, Erosion der flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping, Rentenhöhe runterfahren, dafür Rentenalter hochsetzen, Energiewende stoppen, Privatisierungen von Post, SBB und anderen wichtigen Kerndienstleistungen, Mietrecht aufweichen. Kurz: die Kaufkraft des breiten Mittelstandes schmälern, also all derjenigen, die von Lohn oder Rente leben. Dafür Konzerne und Kapital noch stärker entlasten und globale Grosskonzerne begünstigende Freihandelsabkommen abschliessen. Kurz: Die Erträge auf dem Kapital erhöhen.

Mir schwant Böses. Blockaden durch den Ständerat oder Referenden werden zum Alltag. Hetze gegen die andere Meinung und das Ausblenden von Fakten sowieso. Das gilt auch für meine Immobilienpolitik. Auf der Agenda der Rechten steht als erstes die Aufweichung des Mietrechts. Dieses sieht theoretisch eine Gewinnbremse, eine «Kostenmiete Plus», vor. Niemand

darf übermässig Gewinn machen – so will es das Gesetz. Das Bundesgericht definiert übermässigen Gewinn als einen halben Prozentpunkt über dem Referenzzinssatz. Bereits letzte Session wollte das Parlament diesen Entscheid via Gesetz umstossen. Auf dem Gut Wohnen, das ja



Bild: z/Vg.

Nationalrätin Jacqueline Badran schreibt in *Wohnen* zweimonatlich über ein aktuelles politisches Thema.
www.badran.ch

jeder zwangskonsumieren muss, soll man also unbegrenzt Gewinn machen dürfen. Ein Skandal ist das. Im alten Parlament ist das knapp durchgefallen. Im neuen werden solche ungeheuerlichen Begehren durchkommen. Man stelle sich

einmal die volkswirtschaftliche Wirkung vor: Erhöhen sich die Wohnkosten allein um hundert Franken pro Haushalt und Monat, werden den Mietenden fünf Milliarden jährlich mehr aus der Tasche gezogen – völlig leistungsfrei.

Sodann werden alle Unterfangen zugunsten des gemeinnützigen Wohnbaus gestoppt. Klar – Immobilien sind schliesslich nach rechter Lesart nichts anderes als eine Kapitalverwertungsveranstaltung. Aus Geld soll noch mehr Geld gemacht werden. Die Verschärfung der Lex Koller (also das Gesetz, das verhindert, dass ausländisches Kapital Wohnimmobilien erwerben darf) wird unter diesen Verhältnissen nicht mehr möglich sein. Die Börsenkotierung unseres Grund und Bodens sowie unserer Liegenschaften, der Ausverkauf unserer Heimat wird weiter voranschreiten.

Liebe Wohn-Genossenschafterinnen, liebe Wohn-Genossenschafter: In den kommenden Jahren werdet ihr als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehr wachsam sein müssen. Lasst euch das, was nur den Eigentümern nützt, nicht als Mittelstandspolitik zum Wohle der Schweiz verkaufen. Ihr alleine seid es, die Gegensteuer geben könnt. Ich zähle auf euch – so wie ihr auch auf mich zählen könnt. ■

ANZEIGE

Gartenbau – mit «G», wie: Genossenschaft.

GGZ
Gartenbau Genossenschaft Zürich

Gartenbau Genossenschaft Zürich 044 377 85 85 ggz-gartenbau.ch